

Sonderheft

Erste Ergebnisse aus der
Repräsentativen Wahlstatistik für die
Bundesrepublik Deutschland

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Verfasser: Ass. jur. Doreen Namislo
unter Mitarbeit von Dirk Sedmihradsky

Fachliche Informationen
zu dieser Veröffentlichung:

Statistisches Bundesamt, Gruppe VIA
Tel.: +49 (0) 611 / 75 23 39
Fax: + 49 (0) 611 / 74 40 00

bundeswahlleiter@destatis.de

Erschienen im Oktober 2005
Bestellnummer: 0000045-05900-1

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Allgemeine Informationen
zum Datenangebot:

Informationsservice,
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: + 49 (0) 611 / 74 33 30

www.destatis.de/kontakt



Der
Bundeswahlleiter

WAHL ZUM 16. DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 18. SEPTEMBER 2005

Sonderheft

Erste Ergebnisse aus der
Repräsentativen Wahlstatistik für die
Bundesrepublik Deutschland

Statistisches Bundesamt

<p>WAHL ZUM 16. DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 18. SEPTEMBER 2005 Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik</p>
--

Inhalt:

1. Gegenstand und Aufgabe der Repräsentativen Wahlstatistik.....	1
2. Ergebnisse zur Wahlbeteiligung.....	3
2.1 Wahlbeteiligung in Bund und Ländern.....	3
2.1.1 Wahlbeteiligung im Bund: Drittniedrigste Wahlbeteiligung seit 1949.....	3
2.1.2 Wahlbeteiligung in den Ländern: Deutlich höhere Beteiligung im Westen.....	4
2.2 Anteil der Briefwähler.....	5
2.3 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht.....	6
3. Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht.....	9
3.1 Stimmabgabe von Männern und Frauen nach Altersgruppen.....	9
3.1.1 Unterschiede in der Stimmabgabe zwischen Männern und Frauen.....	10
3.1.2 Stimmabgabe im Vergleich Früheres Bundesgebiet – Neue Länder.....	14
3.2 Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen.....	15
4. Rechts- und methodische Grundlagen.....	19
4.1 Rechtsgrundlage.....	19
4.1.1 Das Wahlstatistikgesetz v. 21.05.1999.....	19
4.1.2 Das 1. Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes v. 17.01.2002.....	20
4.2 Auswahl der Bezirke für die Repräsentative Wahlstatistik.....	20
4.3 Auszählungsmerkmale.....	21
4.4 Bereitstellung der Ergebnisse.....	22
4.5 Hochrechnung und Genauigkeit der Ergebnisse.....	22

Schaubilder:

1. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht
2. Stimmabgabe der Männer nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2005
3. Stimmabgabe der Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2005
4. Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht
 - a) Männer
 - b) Frauen

Tabellen:

1. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Bundesländern
2. Anteil der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2005 nach Bundesländern
3. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht
4. Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Altersgruppen und Geschlecht
5. Stimmverteilung bei der Bundestagswahl in alten und neuen Bundesländern
6. Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht

Tabellen im Anhang:

1. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht
2. Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht
3. Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Altersgruppen und Geschlecht
4. Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht

WAHL ZUM 16. DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 18. SEPTEMBER 2005

Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik

1. Gegenstand und Aufgabe der Repräsentativen Wahlstatistik

Im Gegensatz zur Allgemeinen Wahlstatistik, die im wesentlichen die Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler, der Nichtwähler, der gültigen und ungültigen Stimmen sowie der Stimmen für die einzelnen Wahlvorschläge (gegliedert nach Ländern, kreisfreien Städten resp. Landkreisen, Gemeinden und Wahlbezirken) erfasst, werden bei der Repräsentativen Wahlstatistik in ausgewählten Stimmbezirken¹ Zahlen über das Wahlverhalten (Wahlbeteiligung und Stimmabgabe) der Wählerschaft nach Geschlecht und Altersgruppen ermittelt. Darüber hinaus sind Aussagen über die Zusammensetzung der Wählerschaft der zur Wahl angetretenen Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen möglich.

Die Repräsentative Wahlstatistik hat den Vorteil, die tatsächliche Wahlbeteiligung und Stimmabgabe darstellen zu können, da sie nicht auf Umfragedaten, sondern auf Auszählungen von Wählerverzeichnissen und Stimmzetteln in repräsentativ ausgewählten Stimmbezirken basiert. Die seit 1953 durchgeführte Repräsentative Wahlstatistik bietet damit aufschlussreiche, schnelle und zuverlässige Informationen über die Wahlbeteiligung, die Stimmabgabe und die Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht. Die Repräsentative Wahlstatistik kann von ihrer methodischen Anlage her keine Analyse von Wahlmotiven liefern. Sie liefert aber der privatwirtschaftlichen Wahlforschung, über Basisinformationen hinaus, Ansatzpunkte für Forschungsarbeiten - vielfach im Auftrag von Parteien und Stiftungen -, und sie stellt den objektiven Bezugsrahmen bereit, um die Forschungsergebnisse einordnen zu können.

Bei Parteien, Medien, in der Wissenschaft sowie bei den Wählerinnen und Wählern finden die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik vor und nach den Wahlen generell großes Interesse. Um dem Rechnung zu tragen, haben das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter vorläufige Ergebnisse ermittelt, die zeitnah zu dem amtlichen Endergebnis präsentiert werden können. Dieses Verfahren wird bereits seit der Europawahl 1994 bzw. der Bundestagswahl 2002 praktiziert und fand in der Öffentlichkeit positive Resonanz.

Durchgeführt wird die Repräsentative Wahlstatistik in Stimmbezirken, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Der Stichprobenumfang beträgt nicht ganz 4 % der 80.000 Urnenstimmbezirke.²

In den ausgewählten Stimmbezirken wird nach dem gleichen Verfahren gewählt wie in anderen Wahlbezirken auch, die Wählerinnen und Wähler müssen zusätzlich lediglich

¹ Die Repräsentative Wahlstatistik gewinnt ihre Ergebnisse aus ca. 4 % aller Wahlbezirke. Die hier vorgestellten Ergebnisse entstammen einer 10 %-Unterstichprobe und umfassen dementsprechend ca. 0,4 % aller Wahlbezirke. Näheres entnehmen Sie bitte den Hinweisen zu den Rechts- und methodischen Grundlagen der Repräsentativen Wahlstatistik im 4. Abschnitt.

² Hinweise zu den Rechtsgrundlagen der Repräsentativen Wahlstatistik finden sich in Abschnitt 3. Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen aus einer Unterstichprobe von 10 % der 2.597 ausgewählten Urnenwahlbezirke für die gesamte Repräsentative Wahlstatistik. Die endgültigen Ergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr 2006 in der Fachserie 1 des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Dort werden insbesondere die Ergebnisse der Bundesländer sowie die Ergebnisse zum Stimmensplitting im Mittelpunkt stehen.

über ihr Geschlecht und die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe Auskunft geben. Die Altersgruppen sind dabei so ausgewählt, dass Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Personen und damit Verletzungen des Wahlgeheimnisses in jedem Fall ausgeschlossen sind. Am Wahltag werden diese Stimmzettel nach dem gleichen Verfahren ausgezählt wie alle anderen Stimmzettel auch. Die statistische Auszählung erfolgt im Nachgang zur Wahl entweder bei den Statistischen Landesämtern oder in streng abgeschotteten Statistikbereichen der Gemeinden. Die Ergebnisse der Auszählungen je Stimmbezirk werden je Land von den Statistischen Landesämtern summiert und zu Landesergebnissen hochgerechnet. Den Abschluss bildet die Addition der Landesergebnisse zum Bundesergebnis durch das Statistische Bundesamt.

2. Ergebnisse zur Wahlbeteiligung

2.1 Wahlbeteiligung in Bund und Ländern

2.1.1 Wahlbeteiligung im Bund: Niedrigste Wahlbeteiligung seit 1949

Um die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik besser einordnen zu können, folgen einführend Ergebnisse zur Wahlbeteiligung im Bund und in den Ländern, die nicht aus der Repräsentativen Wahlstatistik, sondern aus den amtlichen Ergebnissen stammen. Nach dem amtlichen Endergebnis, das der Bundeswahlausschuss in seiner Sitzung am 7. Oktober 2005 im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin feststellte, lag die Wahlbeteiligung bei 77,7 %.

Zum Vergleich die Zahlen zur Wahlbeteiligung bei vorangegangenen Bundestagswahlen:

1990: 77,8 %
1994: 79,0 %
1998: 82,2 %
2002: 79,1 %

Nach einem Zwischenhoch zur Bundestagswahl 1998 ist die Wahlbeteiligung wiederum deutlich zurückgegangen.

Nie war – seit der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 – die Wahlbeteiligung niedriger als 2005. Die bisherigen Tiefstwerte lagen bei 77,8 % und 78,5 % bei den Bundestagswahlen 1990 und 1949.

Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung zeichnete sich bereits bei der Ermittlung des Zwischenergebnisses durch den Bundeswahlleiter um 14.00 Uhr ab: Während 2002 zu diesem Zeitpunkt bereits 42,8 % ihre Stimme abgegeben hatten, waren es 2005 nur noch 41,9 %.

Es bleibt jedoch bei der traditionell hohen Wahlbeteiligung im Vergleich zu Landtagswahlen: Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt regelmäßig unterhalb derer bei Bundestagswahlen. Bei den Landtagswahlen war in den letzten Jahren ein einheitlicher Trend zur verstärkten Wahlenthaltung zu erkennen: So sank die Beteiligung bei allen seit Anfang 2002 durchgeführten Landtagswahlen im Schnitt um gut 4 % im Vergleich zur jeweiligen Wahl davor. Schlusslicht bildeten die Landtagswahlen in Saarland am 5. September 2004 mit einer Wahlbeteiligung von 55,5 % und Thüringen am 13. Juni 2004 mit einer Wahlbeteiligung von 53,8 %.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 fiel bei weitem nicht so stark aus, wie bei den Wahlen auf europäischer Ebene: Bei der Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 war die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Europawahl 1999 europaweit nochmals zum Teil stark eingebrochen: in der Bundesrepublik sank die Wahlbeteiligung im angesprochenen Zeitraum von 45,2 % auf nur 43,0% und im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten um 4,3 Prozentpunkte von 49,8 % auf 45,5 %.

2.1.2 Wahlbeteiligung in den Ländern: Deutlich höhere Beteiligung im Westen

Die Wahlbeteiligung in den Bundesländern lag bei der Bundestagswahl 2005 zwischen 71,0 % (Sachsen-Anhalt) und 79,4 % (Niedersachsen und Saarland). Unter den sechs schlechtesten Ergebnissen lagen dabei die fünf neuen Bundesländern (71,0 % bis 75,7 %), obgleich in diesen Bundesländern die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 gestiegen ist. In allen alten Bundesländern ist im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ein Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen, am stärksten in Bayern (-3,6 Prozentpunkte), Bremen (-3,3 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg (-2,4 Prozentpunkte), am schwächsten in Berlin (-0,2 Prozentpunkte), Saarland (-0,6 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (-1,3 Prozentpunkte).

Die nachfolgend aufgeführte Tabelle gibt Auskunft über die Wahlbeteiligung nach Bundesländern bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2005.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2005 nach Bundesländern

Land	Wahlbeteiligung in Prozent				
	2005	2002	1998	1994	1990
Schleswig-Holstein	79,1	80,7	82,4	80,9	78,6
Mecklenburg-Vorpommern	71,2	70,6	79,4	72,8	70,9
Hamburg	77,5	79,6	81,1	79,7	78,2
Niedersachsen	79,4	81,0	83,9	81,1	80,6
Bremen	75,5	78,8	82,1	78,5	76,5
Brandenburg	74,9	73,7	78,1	71,5	73,8
Sachsen-Anhalt	71,0	68,8	77,1	70,4	72,2
Berlin	77,4	77,6	81,1	78,6	80,6
Nordrhein-Westfalen	78,3	80,3	83,9	81,9	78,7
Sachsen	75,7	73,7	81,6	72,0	76,2
Hessen	78,7	80,1	84,2	82,3	81,1
Thüringen	75,5	74,8	82,3	74,9	76,4
Rheinland-Pfalz	78,7	80,0	83,9	82,3	81,7
Bayern	77,9	81,5	79,2	76,9	74,4
Baden-Württemberg	78,7	81,1	83,1	79,7	77,4
Saarland	79,4	80,0	84,8	83,5	85,1
Deutschland	77,7	79,1	82,2	79,0	77,8

Die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern (einschließlich dem ehemaligen Berlin-Ost) lag bei 74,5 % (2002: 72,8 %) im Vergleich zu 78,5 % (2002: 80,6 %) in den alten Bundesländern (einschließlich dem ehemaligen Berlin-West). Der Abstand zwischen den Wahlbeteiligungsquoten in Ost- und Westdeutschland ist 2005 mit 4 Prozentpunkten im Vergleich zu 2002 (7,8 Prozentpunkte) wieder geringer geworden, aber noch größer als 1998 (2,9 Prozentpunkte).

2.2 Anteil der Briefwähler

Nach den hier dargestellten Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik haben sich zur Bundestagswahl 2005 15,2 % der Wahlberechtigten Wahlscheine ausstellen lassen³.

Der Anteil der Briefwähler an den Wählern lag nach dem amtlich festgestellten Endergebnis mit 18,6 % um 0,6 Prozentpunkte höher als 2002 und erreicht damit den höchsten Wert seit Einführung der Briefwahl.

Zum Vergleich die Zahlen zum Anteil der Briefwähler bei vorangegangenen Bundestagswahlen:

1957 ⁴ :	4,9 %
1990:	9,4 %
1994:	13,4 %
1998:	16,0 %
2002:	18,0 %

Der Trend zur verstärkten Nutzung der Briefwahl hält also an. Auffällig dabei ist, dass die Briefwahlquoten in den fünf neuen Bundesländern zum Teil deutlich niedriger ausgefallen sind als auf dem Gebiet der früheren Bundesrepublik (einschl. Berlin-Ost): Sie reichen von 12,0 % (Mecklenburg-Vorpommern) bis 14,9 % (Sachsen). In den alten Bundesländern lagen die Quoten zwischen 15,0 % (Schleswig-Holstein) und 24,0 % (Hamburg). In Hamburg, Niedersachsen, Berlin, Hessen und Bayern wählten 2005 weniger Wahlberechtigte per Brief als 2002.

Die nachfolgend aufgeführte Tabelle gibt Auskunft über den Anteil der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2005 nach Bundesländern.

³ Jeder Wahlberechtigte, der sich am Wahltag aus wichtigem Grund nicht in seinem Wahlbezirk aufhält oder aus Alters-, beruflichen, gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen das Wahllokal nicht aufsuchen kann, erhält von seiner Gemeindebehörde auf Antrag einen Wahlschein. Der Inhaber des Wahlscheines hat das Recht, seine Stimme in jedem beliebigen Wahllokal seines Wahlkreises abzugeben. Zusätzlich berechtigt der Wahlschein zur Teilnahme am Briefwahlverfahren. Bei bundesweiten Wahlen sind regelmäßig ca. 99 % der Wahlscheinwähler Briefwähler.

⁴ Einführung der Möglichkeit der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 durch das „dritte“ Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956.

Tabelle 2: Anteil der Briefwähler bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 nach Bundesländern (auf Grundlage des amtlichen Endergebnisses)

Land	Bundestagswahl 2005 Wähler			Bundestagswahl	
	insgesamt	darunter Briefwähler		2002	1998
	Anzahl	Anzahl	%	%	%
Schleswig-Holstein	1 739 113	261 073	15,0	14,7	14,2
Mecklenburg-Vorp.	1 010 887	121 704	12,0	11,2	8,4
Hamburg	954 153	229 127	24,0	25,4	24,4
Niedersachsen	4 828 902	733 663	15,2	15,5	14,7
Bremen	367 282	63 510	17,3	16,1	15,5
Brandenburg	1 594 983	206 079	12,9	10,7	8,2
Sachsen-Anhalt	1 481 671	183 065	12,4	12,0	9,7
Berlin	1 887 397	415 827	22,0	23,6	19,5
Nordrhein-Westfalen	10 385 230	2 338 975	22,5	20,2	18,2
Sachsen	2 695 532	402 257	14,9	12,5	10,6
Hessen	3 437 326	604 102	17,6	18,3	16,2
Thüringen	1 477 829	207 996	14,1	12,7	9,6
Rheinland-Pfalz	2 427 981	483 660	19,9	17,6	16,0
Bayern	7 181 842	1 529 908	21,3	22,7	20,4
Baden-Württemberg	5 923 917	1 038 726	17,5	17,1	15,9
Saarland	650 089	123 384	19,0	17,3	15,6
Deutschland	48 044 134	8 943 056	18,6	18,0	16,0

2.3 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Bei der Interpretation der Ergebnisse zur Wahlbeteiligung und zur Stimmabgabe sind zwei Trends zu berücksichtigen, die sich in ihrer Wirkung addieren: Zum einen stehen aufgrund der Entwicklung der Altersstruktur einer steigenden Anzahl älterer Menschen, die ein Lebensalter von sechzig Jahren überschritten haben, immer weniger jüngere gegenüber⁵. Allein daraus ergibt sich ein relativ geringeres Gewicht der jüngeren Generation. Zusätzlich fällt auf, dass die Wahlbeteiligung weiblicher und männlicher Jungwähler deutlich unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung der älteren Wähler und Wählerinnen liegt.

Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stellen somit nicht nur ein bedeutendes Wählerpotential dar, sie sind im Grunde genommen seit Jahren die tragenden Säulen der Wahlbeteiligung. So gehörten von den etwa 61,9 Mill. Wahlberechtigten rund 33 % der Gruppe der ab 60jährigen an und ihre Wahlbeteiligung lag mit 80,2 % um 2,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung aller Altersgruppen.

Die nachfolgend aufgeführte Tabelle gibt Auskunft über die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen.

⁵ Siehe dazu insbesondere den Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (Bundestags-Drucksache 14/8800) vom 28. März 2002, S. 15.

Tabelle 3: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 in Deutschland nach Geschlecht und Altersgruppen^{*)}

Alter von ... bis unter... Jahren	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung ¹⁾		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000			%		
18 - 21	2 391,6	1 226,0	1 165,6	68,8	69,1	68,5
21 - 25	3 351,5	1 687,6	1 663,9	65,4	65,4	65,3
25 - 30	4 037,8	2 029,5	2 008,3	69,4	68,5	70,4
30 - 35	4 088,0	2 051,4	2 036,6	73,2	71,8	74,6
35 - 40	5 803,6	2 965,8	2 837,8	78,1	77,3	79,0
40 - 45	6 426,4	3 250,3	3 176,1	78,9	78,2	79,6
45 - 50	5 850,0	2 933,5	2 916,5	79,5	78,5	80,5
50 - 60	9 616,5	4 755,6	4 861,0	82,0	81,4	82,6
60 - 70	9 843,8	4 689,2	5 154,6	84,6	84,9	84,3
70 und mehr	10 461,6	3 932,7	6 528,8	76,0	81,4	72,8
Deutschland	61 870,7	29 521,6	32 349,1	77,7	77,9	77,4

^{*)} Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

¹⁾ Anteil der Wähler (Urnen- und Briefwähler, d.h. Wähler mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis) an den Wahlberechtigten.

Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen zeigt für die Bundestagswahl 2005 darüber hinaus folgende Besonderheiten:

Der Trend zu einer verstärkten und nachhaltigen Wahlenthaltung bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren, der bereits seit einiger Zeit bei den repräsentativen Erhebungen zu Europawahlen erkennbar wurde, setzt sich auch bei der Bundestagswahl 2005 fort. Bei der Bundestagswahl 1980 (alte Bundesländer ohne Berlin-West) lag die Wahlbeteiligung der 18 bis 29jährigen noch knapp über 80 %; aus dieser Altersgruppe beteiligten sich bei der Bundestagswahl 1990 nur noch zwei von drei Wahlberechtigten. Nach dem kurzfristigen Aufwärtstrend bei der Bundestagswahl 2002 (69,9 %), ist die Wahlbeteiligung der Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren wieder gesunken und liegt nun bei 67,9 %.

Bei der Bundestagswahl 2005 lag die Wahlbeteiligung der 18 bis 20jährigen bei 68,8 %, die der 21 bis 24jährigen bei 65,4 % und die der 25 bis 29jährigen bei 69,4 %. Die eingangs dargestellten Unterschiede zwischen der Wahlbeteiligung in Ost und West treffen dabei auch für die Altersgruppe der unter 30jährigen zu: Aus dieser Altersgruppe beteiligten sich im Westen 69,0 % der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 2005, im Osten waren es demgegenüber nur 64,1 %.

Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigt die Altersgruppe der 21 bis 24jährigen. Mit 65,4 % bzw. 65,3 % lag die Wahlbeteiligung bei den Männern und bei den Frauen in der Altersgruppe um 12,3 bzw. 12,4 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller

Altersgruppen. Der niedrigste Wahlbeteiligung mit 60,4 % hatten die ostdeutschen Männer in der Altersgruppe der 21 bis 24jährigen.

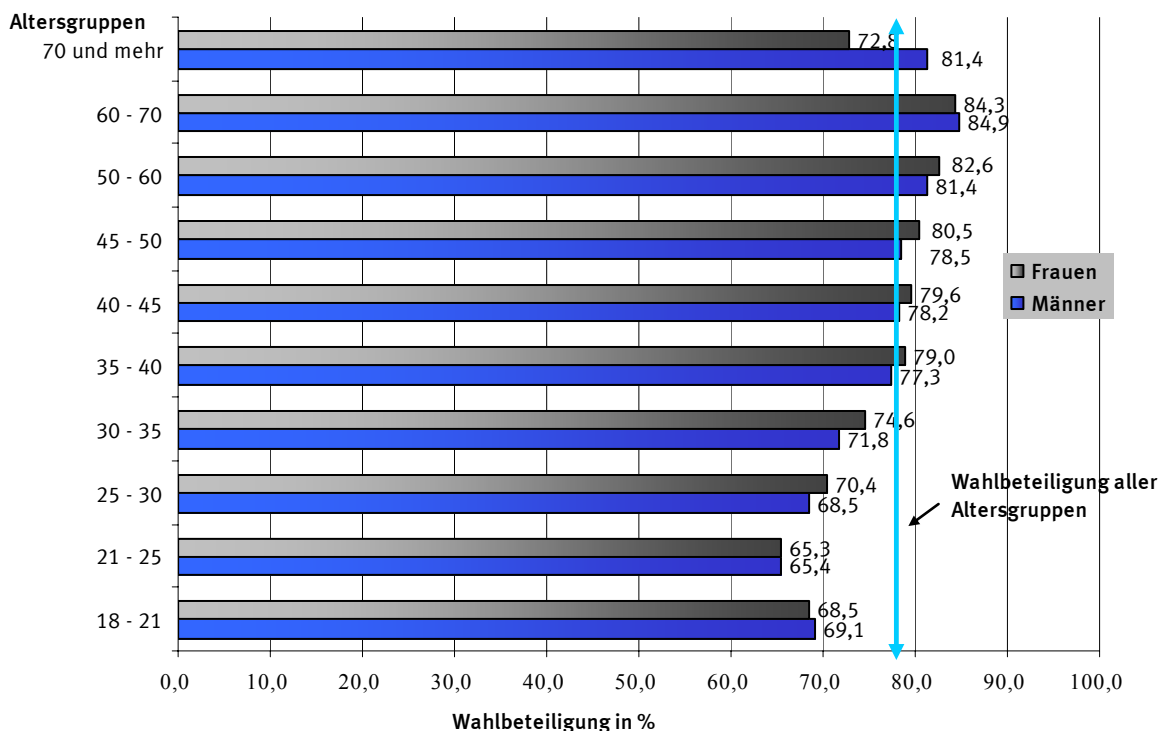
Die Wahlbeteiligung nimmt von der Altersgruppe der 21 bis 24jährigen an mit steigendem Alter stetig zu, wobei die Altersgruppe der 60 bis 69jährigen mit 84,6 % die höchste Wahlbeteiligung zu verzeichnen hat. Da diese Altersgruppe zudem unter allen zehn Altersgruppen der Repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung mit rd. 9,8 Mill. Menschen die zahlenmäßig zweitgrößte ist, kommt dieser hohen Wahlbeteiligung besondere Bedeutung zu.

In der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten (70 Jahre und älter) ist wiederum ein Rückgang bei der Wahlbeteiligung zu verzeichnen: dieser ist bei den Männern nur leicht, bei den Frauen jedoch deutlich. Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung der Frauen in der Altersgruppe der ab 70jährigen (72,8 %) dürfte mit der Tatsache zusammen hängen, dass sich in der betreffenden Altersgruppe, die sich aus ca. 3,9 Mill. Männer und Vergleich zu ca. 6,5 Mill. Frauen zusammensetzt, deutlich mehr hochbetagte Frauen finden.

Die höchste Wahlbeteiligung hatten mit 85,8 % die westdeutschen Männer in der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren.

Das nachfolgend aufgeführte Schaubild gibt Auskunft über die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen.

Schaubild 1: Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen



3. Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht

Neben Informationen über die Wahlbeteiligung erbringt die Repräsentative Wahlstatistik auch Erkenntnisse über das Wahlverhalten in der Unterscheidung nach Alter und Geschlecht der Wähler.

Da die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik (und insbesondere jene der Unterstichprobe) geringfügig vom amtlichen Endergebnis abweichen, werden die hochgerechneten Ergebnisse nicht als absolute Zahlen veröffentlicht. Die Repräsentative Wahlstatistik konzentriert sich stattdessen auf zwei Perspektiven der Stimmabgabe, indem sie ihre hochgerechneten Ergebnisse zeilen- bzw. spaltenweise prozentuiert. Dargestellt wird dabei:

- Die Parteipräferenz jeder Alters- und Geschlechtsgruppe (Stimmabgabe von Männern und Frauen nach Altersgruppen; Wählergruppe = 100 %)
- Die Zusammensetzung der Wählerschaft jeder Partei nach Alter und Geschlecht (Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht; alle Stimmen einer Partei = 100 %).

Das amtliche Endergebnis, das wie oben beschrieben geringfügig von den nachfolgend analysierten Ergebnissen aus der Repräsentativen Wahlstatistik abweicht, wird zum Vergleich aufgeführt:

Die SPD lag nach dem amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl 2005 bei 34,2 % der Zweitstimmen. Bei den Unionsparteien entfielen auf die CDU 27,8 % und auf die CSU 7,4 %. Drittstärkste politische Kraft in Deutschland ist die FDP (9,8 %) vor Die Linke. (8,7 %) und den GRÜNEN (8,1 %). Alle anderen Parteien, darunter die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Republikaner (REP), scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde.

Da sich das Wahlverhalten in den alten und neuen Ländern sehr unterschiedlich darstellt, ist eine entsprechende Differenzierung der Ergebnisanalyse unverzichtbar. Die nachfolgend aufgeführten Texttabellen beschränken sich auf die Darstellung der Ergebnisse für Deutschland. Die Ergebnisse für alte und neue Bundesländer, auf die im Text Bezug genommen wird, finden sich im Anhang.

3.1 Stimmabgabe von Männern und Frauen nach Altersgruppen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Stichprobe nach der spezifischen Stimmabgabe (Zweitstimmen) der verschiedenen Alters- und Geschlechtsgruppen zunächst für das Bundesgebiet insgesamt dargestellt.

Die nachfolgend aufgeführte Tabelle gibt Auskunft über die Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen.

Tabelle 4: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Altersgruppen und Geschlecht^{*)}

Alter von bis unter Jahren	Prozent										
	Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ nebenstehender Altersgruppen entfielen auf										
	insgesamt	SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter			
								NPD	REP		
				<u>Insgesamt</u>							
18 - 25	100,0	38,6	26,1	9,6	10,0	9,0	6,7	4,0	0,8		
25 - 35	100,0	33,3	29,9	10,3	12,1	8,8	5,7	2,8	0,8		
35 - 45	100,0	34,5	30,7	11,5	9,5	9,2	4,6	1,8	0,7		
45 - 60	100,0	35,2	32,3	8,6	9,3	11,0	3,6	1,4	0,5		
60 und mehr	100,0	35,0	42,3	4,1	8,6	7,9	2,2	0,7	0,3		
<u>Insgesamt</u>	100,0	35,0	34,3	8,1	9,5	9,2	3,9	1,7	0,5		
				<u>Männer</u>							
18 - 25	100,0	36,9	26,4	8,7	10,7	9,2	8,2	5,5	1,1		
25 - 35	100,0	32,0	29,7	9,7	12,7	9,3	6,5	4,0	1,0		
35 - 45	100,0	33,1	31,6	10,0	10,3	9,9	5,0	2,5	0,9		
45 - 60	100,0	34,1	32,5	7,6	9,5	12,5	3,9	2,0	0,6		
60 und mehr	100,0	33,6	41,6	3,5	9,5	9,3	2,4	1,0	0,4		
<u>Zusammen</u>	100,0	33,7	34,0	7,3	10,2	10,3	4,4	2,4	0,7		
				<u>Frauen</u>							
18 - 25	100,0	40,6	25,9	10,6	9,1	8,7	5,1	2,5	0,5		
25 - 35	100,0	34,6	30,0	10,8	11,5	8,2	4,9	1,5	0,6		
35 - 45	100,0	35,8	29,7	12,9	8,8	8,5	4,2	1,2	0,4		
45 - 60	100,0	36,2	32,1	9,7	9,2	9,5	3,3	0,9	0,4		
60 und mehr	100,0	36,0	42,9	4,5	7,9	6,7	1,9	0,5	0,2		
<u>Zusammen</u>	100,0	36,2	34,5	8,8	8,9	8,1	3,4	1,0	0,4		

^{*)} Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

¹⁾ Ohne Stimmen der Briefwähler.

3.1.1 Stimmabgabe zwischen Männern und Frauen nach Altersgruppen

Hinsichtlich der Stimmabgabe von **Männern und Frauen** zeigen sich bei der Bundestagswahl 2005 die nachfolgend beschriebenen Unterschiede.

Männer bevorzugten bei der Bundestagswahl 2005 geringfügig die CDU/CSU vor der SPD, Frauen hingegen fühlten sich eher zur SPD hingezogen: Bei den Männern lagen die Unionsparteien mit 34,0 % um 0,3 Prozentpunkte knapp vor der SPD, bei den Frauen lag die SPD mit 36,2 % um 1,7 Prozentpunkte vorne.

Den GRÜNEN haben 8,8 % der Frauen und 7,3 % der Männer ihre Zweitstimme gegeben. FDP und Die Linke. haben jeweils einen Stimmenvorsprung bei den Männern (10,2 % bzw. 10,3 % zu 8,9 % bzw. 8,1 % bei den Frauen). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind also ähnlich groß und sogar größer wie bei den beiden großen Volksparteien, sie reichen von 2,2 Prozentpunkten bei Die Linke. bis zu 1,3 Prozentpunkten bei der FDP.

Zusätzlich fällt auf, dass Männer eine größere Vorliebe für kleinere Parteien haben: dieser Gruppe von Parteien (bestehend aus den GRÜNEN, der FDP, Die Linke. und den sonstigen Parteien) gaben sie 32,2 % der Stimmen. Bei den Frauen lag dieser Anteil nur bei 29,3 %.

Der Stichprobenumfang der Repräsentativen Wahlstatistik reicht - insbesondere in der hier ausgewerteten Unterstichprobe - nicht aus, um die Ergebnisse aller 25 an der Bundestagswahl teilnehmenden Parteien zu analysieren. Alle sonstigen Parteien zusammen haben 3,9 % der Stimmen erhalten. 4,4 % der Männer gegenüber 3,4 % der Frauen haben sich für eine der „Sonstigen“ entschieden. Am deutlichsten – allerdings auf sehr niedrigem Niveau – wird der Unterschied in der Stimmabgabe der Geschlechter bei den NPD und der Republikanern (in den „Sonstigen“ enthalten). Sie haben bei den Männern mit 2,4 % bzw. 0,7 % zum Teil mehr als doppelt so hohe Anteile wie bei den Frauen mit nur 1,0 % bzw. 0,4 % der Stimmen erhalten.

Die Differenzierung der Stimmabgabe nach **Altersgruppen** ergibt weitere Aufschlüsse:

Die älteren Wähler bevorzugen überdurchschnittlich oft die großen Parteien. Auch die jüngeren Altersgruppen wählen am häufigsten die großen Parteien, geben aber zu einem höheren Anteil als ältere Wähler ihre Stimmen auch kleineren Parteien:

So haben 77,3 % der Wähler ab 60 Jahren der SPD oder der CDU/CSU ihre Stimme gegeben, gegenüber einem Anteil von 64,8 % bei den 18 bis 24jährigen bzw. von 63,2 % für diese Parteien bei der Wählergruppe der 25 bis 34jährigen. Das ist ein Unterschied von über 10 Prozentpunkten. Am ausgeprägtesten sind die unterschiedlichen Parteipräferenzen der Altersgruppen gegenüber den GRÜNEN: Für sie entschieden sich nur 4,1 % der ältesten Wählergruppe, gegenüber 11,5 % der Wählergruppe der Wähler zwischen 35 und 45 Jahren. Bei keiner anderen Partei wird die Bindung bestimmter Altersgruppen so deutlich.

Damit einher geht die Tatsache, dass die kleineren Parteien, hier sind in erster Linie die GRÜNEN und die FDP zu nennen, bei den jüngeren Wählern mehr Rückhalt haben, als in den älteren Altersgruppen:

Bei der FDP sind die Wählergruppen unter 35 Jahren mit 10,0 % der Stimmen der 18 bis 24jährigen und 12,1 % der Stimmen der 25 bis 34jährigen im Vergleich zum Bundesergebnis (9,5 %) überdurchschnittlich besetzt. Ab 35 Jahren liegt der Zuspruch unterhalb des Bundesdurchschnittes (zwischen 9,5 und 8,6 %).

Bei den GRÜNEN zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Altersgruppen bis 44 Jahren haben Zweitstimmenergebnisse weit über dem Bundesdurchschnitt aller Altersgruppen erzielt (zwischen 11,5 und 9,6 %). Jenseits eines Alters von 45 Jahren lässt der Zuspruch nach.

Die Linke. hat eher in den mittleren Altersgruppen den größten Rückhalt. Sie konnte in der Gruppe der 45 bis 59jährigen 11,0 % erreichen und war in dieser Altersgruppe die drittstärkste politische Kraft. In den jüngsten Altersgruppen und in der Gruppe der Wähler ab 60 Jahren liegt der Zuspruch unterhalb des Bundesdurchschnittes (zwischen 9,0 und 7,9 %).

Sehr deutlich zeigten sich unterschiedliche Parteipräferenzen der Altersgruppen auch gegenüber den „Sonstigen“ Parteien. Während immerhin 6,7 % der jüngsten Altersgruppe sich für eine von ihnen entschied, waren es bei der ältesten Wählergruppe ab 60 Jahren nur noch 2,2 %.

Eine Differenzierung der Stimmabgabe in der **Kombination von Alter und Geschlecht** lässt die bisher beschriebenen Präferenzen noch deutlicher werden:

Die SPD erfuhr bei Männern und Frauen in allen Altersgruppen einen ähnlich hohen Zuspruch. Ihr Wahlerfolg differiert in allen Altersgruppen nur um 5,3 Prozentpunkte (zwischen 33,3 % bei den 25 bis 34jährigen und 38,6 % bei den 18 bis 24jährigen). Die SPD erreichte ihr bestes Ergebnis mit 40,6 % bei den weiblichen Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren.

Bei der CDU/CSU differiert der Wahlerfolg in den Altersgruppen dagegen erheblich und zwar um 16,2 Prozentpunkte (zwischen 26,1 % bei den 18 bis 24jährigen und 42,3 % bei den ab 60jährigen). Die CDU/CSU hatten ihren höchsten Stimmanteil bei der Gruppe der Frauen ab 60 Jahren, die zu 42,9 % für diese Partei, jedoch nur zu 36,0 % für die SPD gestimmt haben. Umgekehrt gibt diese Wählergruppe der FDP, Die Linke. und den „Sonstigen“ Parteien die wenigsten Stimmen.

Auf der anderen Seite hatten die „Sonstigen“ Parteien in der Altersgruppe der jungen Männer zwischen 18 und 24 Jahren hohe Stimmanteile: 8,2 %, darin enthalten 5,5 % für die NPD. Auch die FDP hat mit 10,7 % in dieser Altersgruppe einen überdurchschnittlich hohen Stimmanteil errungen, ihr bestes Ergebnis mit 12,7 % erreichte sie allerdings bei den 25 bis 34jährigen Männern. Die Mehrzahl der jungen Männer von 18 bis 24 Jahren (36,9 %) hat sich allerdings für die SPD entschieden. Dieser Anteil lag deutlich über dem Stimmanteil für die SPD aller anderen männlichen Altersgruppen und 10,5 Prozentpunkte über dem CDU/CSU-Anteil der gleichen Altersgruppe.

Bei den mittleren Altersgruppen haben sich Frauen und Männern überdurchschnittlich häufig für die GRÜNEN entschieden. Diese erreichten dort teilweise zweistellige Stimmanteile von 10,0 % bis 12,9 %; ihr Stimmanteil war mit 12,9 % in der Altersgruppe der 35 bis 44jährigen Frauen am höchsten. Das schlechteste Ergebnis erreichten die GRÜNEN bei den ab 60jährigen Männern (3,5 %).

Die Linke. erreicht ihr bestes Ergebnis mit 12,5 % bei den 45 bis 60jährigen Männern, ihr schlechtestes mit 6,7 % bei den ab 60jährigen Frauen.

Die nachfolgend aufgeführten Schaubilder geben Auskunft über die Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen.

Schaubild 2: Stimmabgabe der Männer nach Altersgruppen

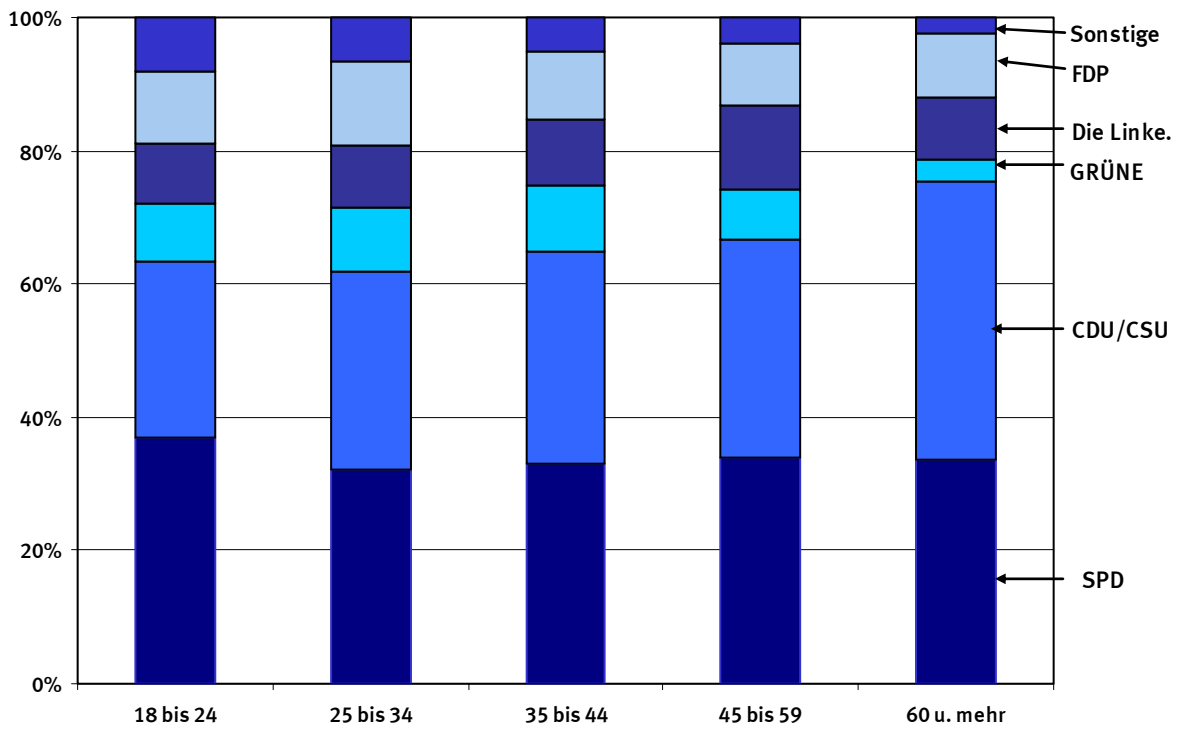
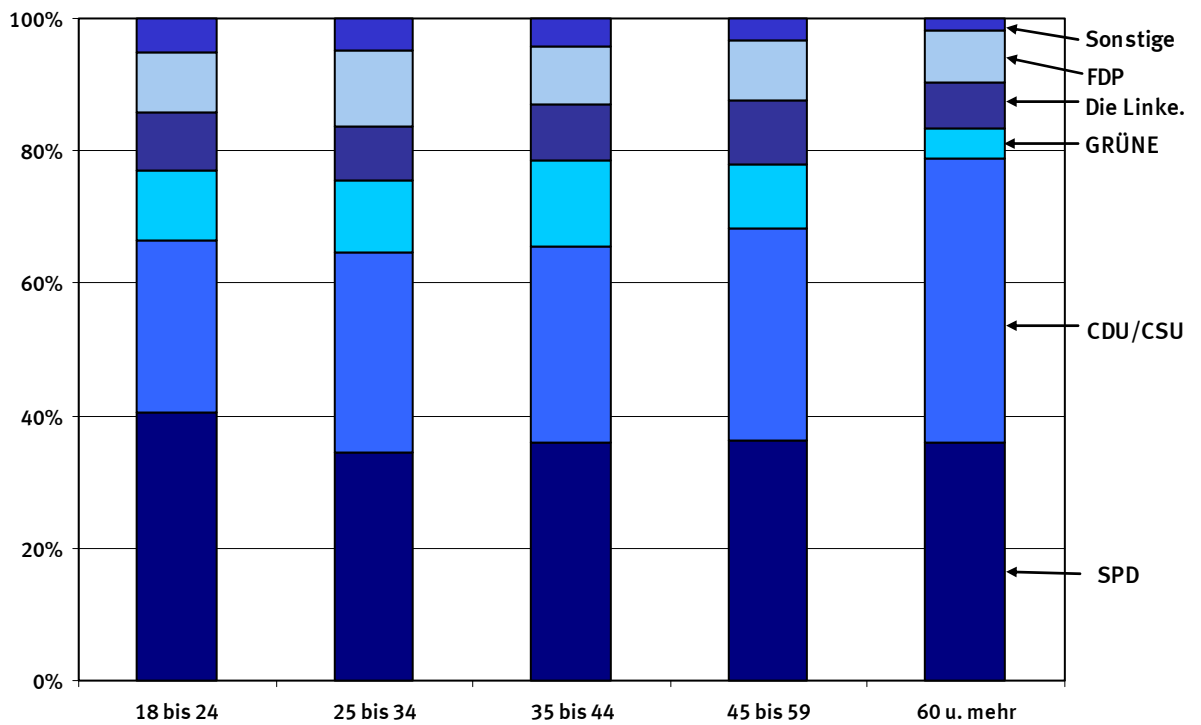


Schaubild 3: Stimmabgabe der Frauen nach Altersgruppen



3.1.2 Stimmabgabe im Vergleich Früheres Bundesgebiet – Neue Länder

Da Unterschiede im Wahlverhalten in den alten und den neuen Bundesländern auch 15 Jahre nach Wiedervereinigung bestehen, ist bei der Wahlanalyse eine Differenzierung der Untersuchungen erforderlich.

Zwei Parteien mit deutlich ausgeprägten regionalen Schwerpunkten haben sich dabei heraus kristallisiert: Die Linke. im Osten und die GRÜNEN im Westen. Die sehr unterschiedlich hohen Stimmanteile für diese Parteien haben in den untersuchten Gebieten auch Auswirkungen auf die Anteile der anderen Parteien. Die nachfolgende Tabelle mit den Zahlen des endgültigen Wahlergebnisses im Ost-West-Vergleich macht dies deutlich.

Tabelle 5: Verteilung der Zweitstimmen in alten und neuen Ländern
Endgültiges Wahlergebnis in Prozent

Partei	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin Ost
SPD	34,2	35,1	30,4
CDU/CSU	35,2	37,5	25,3
GRÜNE	8,1	8,8	5,2
FDP	9,8	10,2	8,0
Die Linke.	8,7	4,9	25,3
Sonstige	3,9	3,4	5,6

Die Repräsentative Wahlstatistik ermöglicht eine über diese Gesamtergebnisse hinausgehende Analyse, indem sie darstellen kann, welche Alters- und Geschlechtsgruppen sich vorzugsweise für die regional starken Parteien entschieden haben. Aus den weiter oben genannten Gründen ergeben sich für die Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik geringfügig andere Ergebnisse als im amtlichen Endergebnis.

Die starken Stimmanteile für Die Linke. in den neuen Ländern und im früheren Ostteil von Berlin gehen auf Kosten der GRÜNEN, vor allem jedoch auch auf Kosten der CDU/CSU. Dieser Trend ist bei Männern und Frauen sowie in allen Altersgruppen zu beobachten. Die Linke. erreichte hohe Stimmanteile in allen Altersgruppen der neuen Länder; bei den Männern in der Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren sogar 29,2 %. Bei den Frauen hatte Die Linke. in den Altersgruppen zwischen 35 und 60 Jahren einen Stimmanteil von über 25 %. Die SPD hat in den neuen Ländern und Berlin Ost in fast allen Alters- und Geschlechtsgruppen die höchsten Anteile erzielt. Die Ergebnisse der CDU/CSU liegen in den neuen Ländern bei 24,2 % (-12,7 Prozentpunkte im Vergleich zum Westen), die der GRÜNEN bei 4,6 % (-4,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Westen).

In allen Altersgruppen unter 60 Jahren erzielten die CDU/CSU im Osten zwischen 8 und 11 Prozentpunkten niedrigere Stimmanteile als im Westen. Bei den über 60jährigen Wählern war dieser Abstand mit 19,1 Prozentpunkten noch deutlich größer.

Der im Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hohe Stimmanteil der GRÜNEN in der Altersgruppe zwischen 35 und 45 ist offenbar im Wesentlichen von westlichen Wählern verursacht worden. Hier liegen die Unterschiede zwischen Ost (6,3 %) und West (12,7 %) im Bereich von über 6 Prozentpunkten.

Auffällig ist noch die hohe Präferenz der Wähler in den neuen Ländern für „Sonstige“ Parteien. Insbesondere bei den Männern von 18 bis 34 Jahren konnten sie zweistellige Stimmanteile erreichen, in der jüngsten Altersgruppe sogar 13,2 %.

Der bundesweit ähnlich hohe Zuspruch für die SPD in allen Altersgruppen stellt sich in Ost- und Westdeutschland etwas unterschiedlich dar: Die Werte aller Altersgruppen differieren im Westen nur um 5,5 Prozentpunkte (zwischen 34,4 % bei den 25 bis 34jährigen und 39,9 % bei den 18 bis 24jährigen). Im Osten hingegen ist die Differenz mit 8,7 Prozentpunkten deutlich höher, die Spanne der abgegebenen Zweitstimmen reicht von 27,4 % bei den 35 bis 44jährigen bis 36,1 % bei den ab 60jährigen. Bei den ostdeutschen Wählern ist der Rückhalt der SPD bei den Älteren und bei der jüngsten Wählergruppe also besonders hoch: die ab 60jährigen ostdeutschen Frauen wählten die Sozialdemokraten sogar zu 37,7 %.

Die Tendenz, nach welcher die CDU/CSU bei den Älteren höheren Zuspruch erfährt, lässt sich auch an dem Ergebnis für die neuen Länder ablesen, allerdings nicht in dem Maße wie in Westdeutschland: Im Westen vereinigt die CDU/CSU 46,5 % der Zweitstimmen der ab 60jährigen auf sich, der Abstand auf die nächst stärkere Altersgruppe (34,6 % bei den 45 bis 59jährigen) ist mit 11,9 Prozentpunkten bemerkenswert hoch.

Der geringere Rückhalt für FDP und GRÜNE bei den älteren Wählern zeigt sich in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen. Während die GRÜNEN in den neuen Bundesländern in jeder Altersgruppe mindestens um 1,1 Prozentpunkte schlechter abschneiden als im Westen (die Abweichung reicht von -6,5 Prozentpunkten bei den 35 bis 44jährigen bis -1,1 Prozentpunkten bei den Wählern ab 60) erreicht die FDP in beiden statistisch ausgewerteten Teilen der Republik ähnlich hohe Ergebnisse und schneidet in Ostdeutschland sogar besser ab: Bei den 18 bis 24jährigen erreicht die FDP im Osten 12,1 %, im Westen 9,4 %. In der Gruppe der 35 bis 44jährigen werden im Osten 10,8 %, im Westen 9,2 % erreicht.

Die Linke., die nach dem amtlichen Ergebnis in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) 25,3 % der Zweitstimmen erhielt (im Vergleich zu 16,9 % bei der Bundestagswahl 2002) konnte nach dem hier vorgelegten Ergebnis der Repräsentativen Wahlstatistik in allen Altersgruppen die 20 Prozent überspringen, und erreichte bei der Gruppe der 45 bis 59jährigen Männer mit 29,2 % das höchste Ergebnis.

3.2 Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen

Nachdem in den vorigen Kapiteln dargestellt wurde, wie sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen sowie von Wählern unterschiedlicher Altersgruppen unterscheidet, wird nun die Perspektive geändert und die demographische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien aufgezeigt.

Basis der Wählerschaft sind die Wahlberechtigten, welche die Parteien in unterschiedlichem Maß zur Stimmabgabe mobilisieren können. Zum Vergleich wird

deshalb in der entsprechenden Tabelle neben den Anteilen der Wähler der Parteien auch die Zusammensetzung der Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht aufgeführt.

Die nachfolgend aufgeführte Tabelle gibt Auskunft über die Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht.

Tabelle 6: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht*)

Alter von bis unter Jahren	Wahlbe- rechtigte	Prozent								
		Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ für die jeweilige Partei entfielen auf nebenstehende Altersgruppen								
		Wähler Insges.	SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter	
								NPD	REP	
<u>Insgesamt</u>										
18 - 25	9,3	8,4	9,3	6,4	10,0	8,8	8,2	14,5	20,2	12,6
25 - 35	13,1	12,3	11,8	10,8	15,8	15,8	11,8	18,3	20,4	18,1
35 - 45	19,8	21,2	21,0	19,0	30,2	21,2	21,3	25,3	23,0	26,9
45 - 60	25,0	26,4	26,6	25,0	28,3	25,9	31,7	24,4	22,7	24,9
60 und mehr	32,8	31,7	31,3	38,7	15,7	28,2	27,0	17,4	13,7	17,6
<u>Insgesamt</u>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<u>Männer</u>										
18 - 25	9,9	9,1	10,0	7,0	10,8	9,6	8,1	16,8	20,7	13,3
25 - 35	13,8	12,8	12,2	11,2	17,1	16,0	11,6	18,9	21,6	17,3
35 - 45	21,1	21,8	21,5	20,3	30,1	22,1	21,0	24,8	22,7	28,0
45 - 60	26,0	27,1	27,4	25,9	28,1	25,2	32,9	23,8	22,5	23,6
60 und mehr	29,2	29,3	28,9	35,5	13,9	27,0	26,3	15,8	12,6	17,8
<u>Zusammen</u>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<u>Frauen</u>										
18 - 25	8,7	7,7	8,7	5,9	9,4	8,0	8,3	11,8	19,0	11,1
25 - 35	12,5	11,9	11,5	10,5	14,7	15,5	12,0	17,6	17,9	19,7
35 - 45	18,6	20,5	20,5	17,8	30,2	20,3	21,6	26,0	23,9	24,6
45 - 60	24,0	25,8	25,9	24,1	28,5	26,7	30,2	25,2	23,1	27,4
60 und mehr	36,1	34,0	33,4	41,8	17,2	29,5	27,8	19,4	16,2	17,2
<u>Zusammen</u>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

¹⁾ Ohne Stimmen der Briefwähler.

Wie schon bei der Analyse der Stimmabgabe deutlich wurde, haben die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD einen großen Wähleranteil in der älteren Generation, die rd. 33 % der Wahlberechtigten stellt. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Unionsparteien, von deren Wählern 38,7 % mindestens 60 Jahre alt sind. Bei der SPD beträgt der entsprechende Anteil der ab 60jährigen mit 31,3 % über 7 Prozentpunkte weniger. Der Anteil der jüngsten Wählergruppe bei den Unionswählern hat nur eine Höhe von 6,4 %, gegenüber 9,3 % bei der SPD. In beiden großen Parteien liegt der Anteil der Jungwähler bei oder unter deren Anteil an den Wahlberechtigten (9,3 %).

Die nachfolgend aufgeführten Schaubilder geben Auskunft über die Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht.

Schaubild 4: Männliche Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen

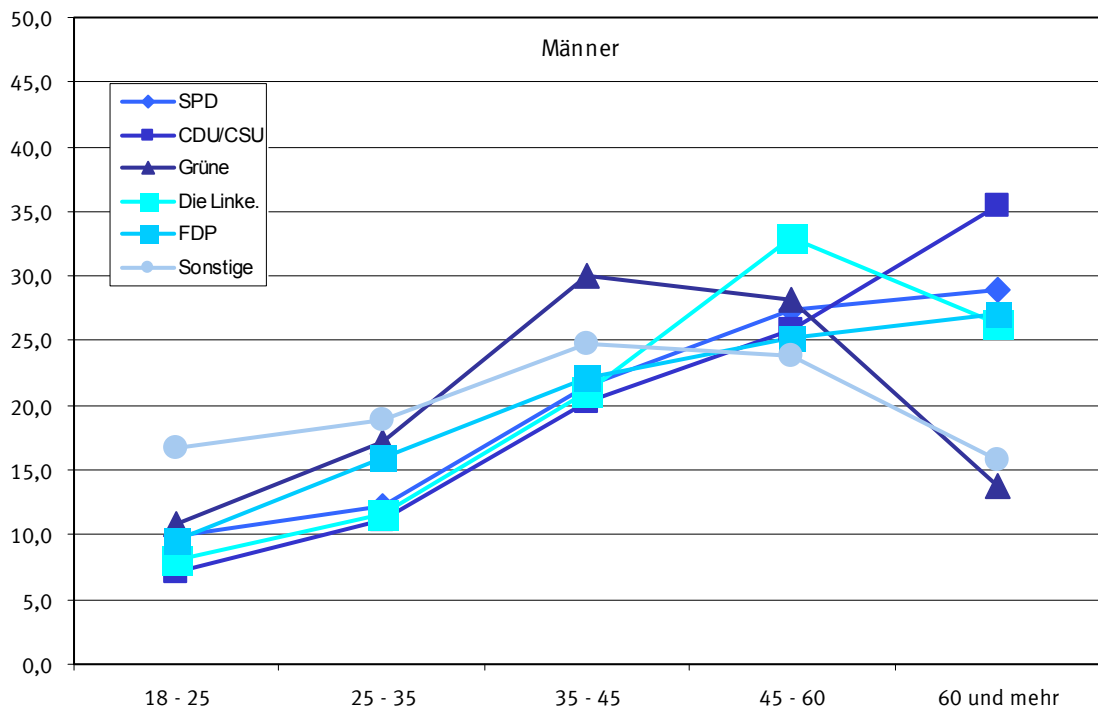
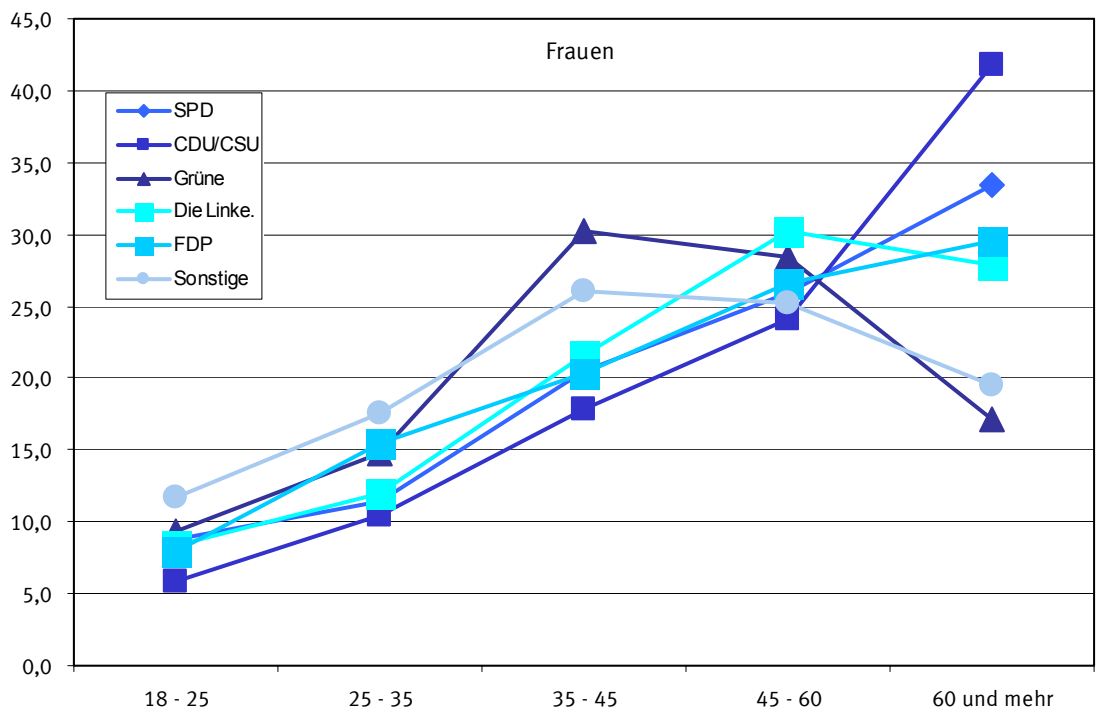


Schaubild 5: Weibliche Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen



Während bei Die Linke. die mittleren Altersgruppen ein überdurchschnittliches Gewicht haben (bis 34 Jahre sind die Altersgruppen im Vergleich zu deren Anteil an den Wahlberechtigten unterrepräsentiert), stellt sich bei der FDP ein ausgeglicheneres Bild dar: nur die Wähler in der jüngsten und ältesten Altersgruppe sind unterrepräsentiert. In der Altersgruppe der 25 bis 60jährigen liegt ihr Anteil an der Wählerschaft der FDP zwischen 2,7 und 0,9 Prozentpunkte über dem Anteil der Altersgruppen an den Wahlberechtigten.

In der Wählerschaft der GRÜNEN dominieren die jungen und mittleren Altersklassen: Ein Viertel ihrer Wähler gehört zu den beiden jüngsten Altersklassen, über die Hälfte zu den Altersgruppen von 18 bis 44 Jahren. Die der ältesten Wählergruppe ab 60 Jahre spielt für die GRÜNEN eine nur kleine Rolle: Ihr Anteil an den Wählerinnen und Wählern der GRÜNEN beträgt nur 15,7 %.

In der Wählerschaft der „Sonstigen“ Parteien verteilt sich der Anteil der Wähler von 35 bis 59 Jahren verhältnismäßig gleichmäßig auf die einzelnen Altersgruppen. Im Osten ist der Anteil junger Wähler bei diesen kleineren Parteien stärker ausgeprägt als im Westen. Sie haben in den neuen Ländern eine deutlich jüngere Wählerbasis, der Anteil der ältesten Wählergruppe ist im Vergleich zum Westen erheblich kleiner.

Die Unterschiede in der Wählerstruktur der Parteien sind allerdings in der Regel zwischen alten und neuen Ländern nicht sehr erheblich. Einige der vorhandenen Unterschiede, auch in der Differenzierung nach Männern und Frauen, dürften durch die Bevölkerungsstruktur, die sich auch in der Struktur der Wahlberechtigten widerspiegelt, bedingt sein.

4. Rechts- und methodische Grundlagen

4.1 Rechtsgrundlage

4.1.1 Das Wahlstatistikgesetz vom 21. Mai 1999

Rechtsgrundlage für die Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik bei der Bundestagswahl 2005 ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene *Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (WStatG – Wahlstatistikgesetz)* vom 21. Mai 1999 (BGBl. I, S. 1023).

Die Neuregelung der Repräsentativen Wahlstatistik erfolgte, nachdem der Gesetzgeber die von 1953 bis 1990 regelmäßig durchgeführte Repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 kurzfristig ausgesetzt hatte. Die Begründung zum Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 28. September 1994 (BGBl. I S. 2734) verwies auf nicht näher erläuterte Bedenken, „mit einem nach Alter und Geschlecht gekennzeichneten Stimmzettel an der Wahl teilzunehmen“ (Bundestagsdrucksache 12/8152, S. 3). Der Bundesrat hatte diese Bedenken seinerzeit nicht geteilt. Nach seiner Auffassung ist die Repräsentative Wahlstatistik unverzichtbar, um Erkenntnisse über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht sowie über die Gruppe der Nichtwähler zu gewinnen und den Wahlforschungsinstituten Grundlagen für Wahlforschung und Hochrechnungen zu liefern (Entschließung vom 23. September 1994, Bundesratsdrucksache 841/94 – Beschluss). In der oben erwähnten Entschließung hatte der Bundesrat nicht nur das erhebliche öffentliche Interesse an der Repräsentativen Wahlstatistik betont, sondern auch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich nach der Bundestagswahl 1994 Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der Repräsentativen Wahlstatistik vorzulegen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative war jedoch in der 13. Wahlperiode nicht erfolgt.

Trotz breiter Kritik aus Wissenschaft und Forschung hatte der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1998 einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zur erneuten Aussetzung der Repräsentativen Wahlstatistik beschlossen (Gesetz über die Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag vom 25. August 1998, BGBl. I S. 2430). Der Bundesrat hatte diesem Entwurf am 10. Juli 1998 zugestimmt. In der erläuternden Entschließung (Bundesratsdrucksache 661/98 – Beschluss) begründete der Bundesrat seine Zustimmung – wie schon bei der Bundestagswahl 1994 – damit, dass die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1998 zu weit fortgeschritten seien und den Wählern und Wahlbehörden wenige Wochen vor dem Wahltag keine Ungewissheit über die Modalitäten der Stimmabgabe mehr zugemutet werden könne. Zugleich bekräftigte der Bundesrat aber das erhebliche öffentliche Interesse an den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik und forderte den Bundestag und die Bundesregierung auf „unverzüglich eine inhaltliche Überarbeitung der bundesrechtlichen Vorschriften über die Repräsentative Wahlstatistik einzuleiten“.

Bereits kurz nach der Bundestagswahl am 28. September 1998 kam es zusätzlich zu einem Aufruf an den Deutschen Bundestag: Renommierte Wahl- und Meinungsforschungsinstitute, der Deutsche Städtetag sowie Universitäten und Statistische Ämter betonten die Notwendigkeit der Repräsentativen Wahlstatistik und plädierten für eine gesetzliche Regelung. Dieser Aufruf mündete schließlich in die Verabschiedung des WStatG.

Die Regelungen des Wahlstatistikgesetzes schreiben die bisher bei der Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik für Bundestags- und Europawahlen geübte Praxis rechtsverbindlich fest und bilden eine präzise rechtliche Grundlage für wahlstatistische Erhebungen. Der Schutz des Wahlheimnisses genießt dabei höchste Priorität.

4.1.2 Das 1. Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes vom 17. Januar 2002

Das Wahlstatistikgesetz in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Einbeziehung der Briefwahlstimmen in die Repräsentative Wahlstatistik vor. Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler hatte sich aber von 9,4% bei der Bundestagswahl 1990 über 13,4% bei der Bundestagswahl 1994 auf 16,0% bei der Bundestagswahl 1998 erhöht (bei der Einführung der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 hatten lediglich 4,9% der Wahlberechtigten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht). Vor diesem Hintergrund wurde am 17. Januar 2002 das *1. Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes* (BGBl I, S. 412) erlassen. Dieses Gesetz sieht nunmehr die Einbeziehung ausgewählter Briefwahlbezirke in die Statistik vor. Durch diese Einbeziehung der Briefwahlstimmen dürften ca. 300 000 bis 350 000 (Brief-)Wähler zusätzlich von der Repräsentativen Wahlstatistik erfasst sein.

Das Wahlstatistikgesetz hat sich im Rahmen der Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999 bereits bewährt.

4.2 Auswahl der Bezirke für die Repräsentative Wahlstatistik

Die Repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder.

Nach § 3 WStatG dürfen nicht mehr als fünf vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke des Bundesgebietes und nicht mehr als zehn vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke eines Landes an der Repräsentativen Wahlstatistik teilnehmen. Die ausgewählten Wahlbezirke müssen darüber hinaus jeweils mindestens 400 Wahlberechtigte (bei der Urnenwahl; bei der Briefwahl: 400 Wähler) umfassen. Diese Regelungen tragen dem Gebot der Anonymität der Repräsentativen Wahlstatistik Rechnung und garantieren somit die Wahrung des Wahlheimnisses.

Aus den ca. 80.000 Wahlbezirken und ca. 10.000 Briefwahlbezirken wurden für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 für die Feststellung der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 2.496 Urnenwahlbezirke ausgewählt. Die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen wird in 2.617 Urnenwahlbezirken und 375 Briefwahlbezirken statistisch erfasst. Es wird somit gewährleistet, dass die Ergebnisse der ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind.

Für die hier vorliegende Bereitstellung erster Ergebnisse wurde aus den Stichprobenwahlbezirken der repräsentativen Wahlstatistik eine Unterstichprobe gezogen; diese umfasst mit 324 Wahlbezirken etwa 10% des Umfangs der gesamten Stichprobe und damit etwa 0,4 aller Wahlbezirke.

Auf eine Einbeziehung von Briefwahlbezirken in die Unterstichprobe wurde wegen der geringen Anzahl von Stichprobenwahlbezirken verzichtet.

4.3 Auszählungsmerkmale

Die *Wahlbeteiligung* wird seit der Bundestagswahl 1972 (mit Ausnahme von 1994 und 1998 wegen der vorübergehenden Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik, s. o.) nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach den folgenden zehn Altersgruppen ermittelt:

<u>Geburtsjahr</u>	<u>das entspricht einem Alter von</u>
1985 bis 1987	18 bis 20 Jahre
1981 bis 1984	21 bis 24 Jahre
1976 bis 1980	25 bis 29 Jahre
1971 bis 1975	30 bis 34 Jahre
1966 bis 1970	35 bis 39 Jahre
1961 bis 1965	40 bis 44 Jahre
1956 bis 1960	45 bis 49 Jahre
1946 bis 1955	50 bis 59 Jahre
1936 bis 1945	60 bis 69 Jahre
1935 und früher	70 Jahre und älter

Die *Stimmabgabe* wird – ebenfalls seit 1972 – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach den folgenden fünf Altersgruppen ermittelt:

<u>Geburtsjahr</u>	<u>das entspricht einem Alter von</u>
1981 bis 1987	18 bis 24 Jahre
1971 bis 1980	25 bis 34 Jahre
1961 bis 1970	35 bis 44 Jahre
1946 bis 1960	45 bis 59 Jahre
1945 und früher	60 Jahre und älter

Die Wählergruppen (männlich/weiblich/Altersgruppe) wurden so ausgewählt, dass Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wählerinnen und Wähler ausgeschlossen sind und das Wahlgeheimnis so gewahrt bleibt.

Den Wählerinnen und Wählern in den ausgewählten Stichprobenwahlbezirken wurde ein Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck (männlich/weiblich/Altersgruppe) vorgelegt. Zusätzlich wurden die Stimmberechtigten im Wahllokal über die Teilnahme an der repräsentativen Wahlstatistik hinreichend informiert.

4.4 Bereitstellung der Ergebnisse

Da wegen der geringen Anzahl der Unterstichprobenwahlbezirke nur in wenigen Bundesländern hinreichend genaue Landesergebnisse anfielen, wurde auf eine Bereitstellung der Ergebnisse nach Ländern verzichtet.

Erste vorläufige Ergebnisse wurden nur für Deutschland sowie für das „Frühere Bundesgebiet“ und für die „Neuen Bundesländer und das ehemalige Berlin-Ost“ getrennt dargestellt. Die Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgte durch die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

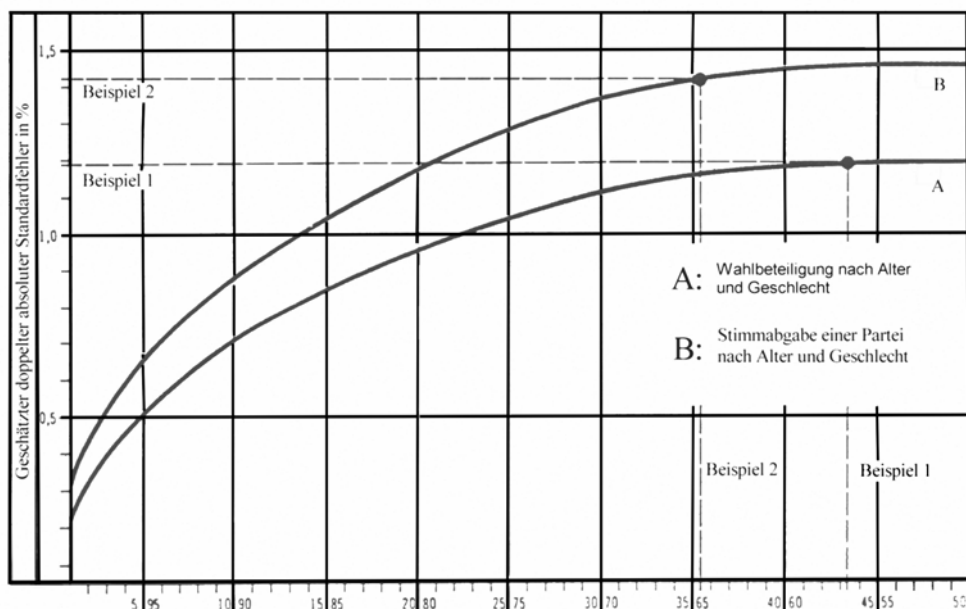
Die endgültigen Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik werden voraussichtlich Januar 2006 in der Fachserie 1 des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Dort werden insbesondere die Ergebnisse der Bundesländer im Mittelpunkt stehen.

4.5 Hochrechnung und Genauigkeit der Ergebnisse

Die Hochrechnung der Ergebnisse erfolgt wie bei der gesamten Repräsentativen Wahlstatistik pro Bundesland. Bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung ist die Hochrechnung gebunden an die Zahl der Wahlberechtigten. Bei der Ermittlung der Stimmabgabe erfolgt die Hochrechnung gebunden an die Zahl der Wähler. Aus den hochgerechneten Länderergebnissen wird dann durch Zusammenfassung das Ergebnis für die Bundesrepublik ermittelt und veröffentlicht.

Um den Schutz des Wahlheimnisses zu gewährleisten, dürfen keine Ergebnisse für einzelne Stichprobenbezirke veröffentlicht werden.

Abbildung 1: Standardfehler nach Altersgruppen und Geschlecht



Die Genauigkeit der Ergebnisse hängt vor allem von der Zahl der ausgewählten Wahlbezirke ab. Bei der Anzahl von 324 Bezirken in der Unterstichprobe ergeben sich die in der Abbildung 1 ablesbaren absoluten doppelten Standardfehler (95%-Sicherheitsbereich) für die "Wahlbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht" (Kurve A) und für den "Stimmanteil einer Partei nach Altersgruppen und Geschlecht" (Kurve B). Die beiden Kurven ergeben sich als Durchschnittswerte über alle nach Alter und Geschlecht gebildeten Untergruppen der Wähler, der tiefsten Gliederung für die nachgewiesenen Ergebnisse. Sie sind aufgrund früherer Berechnungen für die gesamte Repräsentative Wahlstatistik unter Anpassung an die Unterstichprobe geschätzt. Die Fehler bei weniger tiefen Gliederungen, beispielsweise der Wahlbeteiligung nur nach Altersgruppen oder nur nach Geschlecht, sind wegen der damit verbundenen größeren Fallzahlen im Allgemeinen kleiner, die Kurven A und B sind somit für alle Ergebnisse als Obergrenze für die Fehlerwerte anzusehen.

Beispiele:

- a) Wird für eine Gruppe von Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht, z.B. weibliche Wahlberechtigte von 18 bis unter 21 Jahren, eine Wahlbeteiligung von 43,4 % gemessen (s. Abbildung 1), so hat diese nach Kurve A einen zufallsbedingten absoluten doppelten Standardfehler von 1,2 %, d.h. die gemessene Wahlbeteiligung ist *relativ* um 2,8 % unsicher und liegt mit 95 %-Wahrscheinlichkeit zwischen 42,2 % und 44,6 %.
- b) Wird für eine Wählergruppe nach Alter und Geschlecht, z.B. männliche Wähler von 25 bis unter 35 Jahren, der Stimmanteil für eine Partei, z.B. SPD mit 35,3 % gemessen (s. Abbildung 1), so hat dieser nach Kurve B einen zufallsbedingten absoluten doppelten Standardfehler von 1,4 %, d.h. der gemessene Stimmanteil ist *relativ* um 4 % unsicher und liegt mit 95 %-Wahrscheinlichkeit zwischen 33,9 % und 36,7 %.

Tabellen im Anhang

1. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen
2. Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen
3. Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 (nach Parteien) nach Geschlecht und Altersgruppen
4. Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen für Deutschland sowie das ehemalige Bundesgebiet und die neuen Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)

1 Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen *)

Alter von ... bis unter... Jahren	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung 1)		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000			%		

Deutschland

18 - 21	2 391,6	1 226,0	1 165,6	68,8	69,1	68,5
21 - 25	3 351,5	1 687,6	1 663,9	65,4	65,4	65,3
25 - 30	4 037,8	2 029,5	2 008,3	69,4	68,5	70,4
30 - 35	4 088,0	2 051,4	2 036,6	73,2	71,8	74,6
35 - 40	5 803,6	2 965,8	2 837,8	78,1	77,3	79,0
40 - 45	6 426,4	3 250,3	3 176,1	78,9	78,2	79,6
45 - 50	5 850,0	2 933,5	2 916,5	79,5	78,5	80,5
50 - 60	9 616,5	4 755,6	4 861,0	82,0	81,4	82,6
60 - 70	9 843,8	4 689,2	5 154,6	84,6	84,9	84,3
70 und mehr	10 461,6	3 932,7	6 528,8	76,0	81,4	72,8
Insgesamt	61 870,7	29 521,6	32 349,1	77,7	77,9	77,4

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

1) Anteil der Wähler (Urnen- und Briefwähler, d.h. Wähler mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis) an den Wahlberechtigten.

2 Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte insgesamt		Wahlberechtigte ohne mit 1) Wahrscheinvermerk		Wähler ohne Brief- wähler 2)	Nicht- wähler	Wahlberechtigte ohne mit 1) Wahrscheinvermerk		Wähler ohne Brief- wähler 2)	Nicht- wähler
	1 000	% 3)	% 3)			% 4)				
Insgesamt										
18 - 21	2 391,6	3,9	4,2	2,0	3,8	5,4	91,8	8,2	60,6	31,2
21 - 25	3 351,5	5,4	5,6	4,4	4,6	8,4	87,4	12,6	52,8	34,6
25 - 30	4 037,8	6,5	6,7	5,8	5,8	8,9	86,2	13,8	55,6	30,6
30 - 35	4 088,0	6,6	6,8	5,5	6,4	7,9	87,2	12,8	60,4	26,8
35 - 40	5 803,6	9,4	9,7	7,4	9,9	9,2	87,8	12,2	65,9	21,9
40 - 45	6 426,4	10,4	10,9	7,5	11,3	9,8	88,8	11,2	67,6	21,1
45 - 50	5 850,0	9,5	9,8	7,6	10,2	8,7	87,6	12,4	67,1	20,5
50 - 60	9 616,5	15,5	15,3	16,8	16,3	12,5	83,3	16,7	65,3	18,0
60 - 70	9 843,8	15,9	15,0	20,7	16,5	11,0	79,9	20,1	64,5	15,4
70 und mehr	10 461,6	16,9	15,9	22,3	15,1	18,1	79,6	20,4	55,6	24,0
Insgesamt	61 870,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	84,5	15,5	62,2	22,3
Männer										
18 - 21	1 226,0	4,2	4,5	2,0	4,1	5,8	92,9	7,1	62,0	30,9
21 - 25	1 687,6	5,7	6,0	4,1	5,0	8,9	89,4	10,6	54,8	34,6
25 - 30	2 029,5	6,9	7,1	5,9	6,1	9,8	87,4	12,6	55,9	31,5
30 - 35	2 051,4	6,9	7,2	5,7	6,6	8,9	87,9	12,1	59,6	28,2
35 - 40	2 965,8	10,0	10,3	8,5	10,3	10,3	87,4	12,6	64,8	22,7
40 - 45	3 250,3	11,0	11,4	8,6	11,6	10,9	88,5	11,5	66,6	21,8
45 - 50	2 933,5	9,9	10,3	8,0	10,5	9,7	88,1	11,9	66,6	21,5
50 - 60	4 755,6	16,1	15,9	17,5	16,7	13,6	84,0	16,0	65,4	18,6
60 - 70	4 689,2	15,9	15,0	21,2	16,4	10,9	80,3	19,7	65,2	15,1
70 und mehr	3 932,7	13,3	12,4	18,6	12,8	11,2	79,4	20,6	60,8	18,6
Zusammen	29 521,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	85,2	14,8	63,1	22,1
Frauen										
18 - 21	1 165,6	3,6	3,9	2,1	3,5	5,0	90,6	9,4	59,1	31,5
21 - 25	1 663,9	5,1	5,2	4,6	4,3	7,9	85,4	14,6	50,8	34,7
25 - 30	2 008,3	6,2	6,3	5,8	5,6	8,1	84,9	15,1	55,3	29,6
30 - 35	2 036,6	6,3	6,5	5,2	6,3	7,1	86,6	13,4	61,2	25,4
35 - 40	2 837,8	8,8	9,2	6,5	9,6	8,2	88,1	11,9	67,1	21,0
40 - 45	3 176,1	9,8	10,4	6,6	11,0	8,9	89,1	10,9	68,7	20,4
45 - 50	2 916,5	9,0	9,4	7,2	9,9	7,8	87,0	13,0	67,6	19,5
50 - 60	4 861,0	15,0	14,8	16,2	16,0	11,6	82,6	17,4	65,2	17,4
60 - 70	5 154,6	15,9	15,1	20,3	16,6	11,1	79,5	20,5	63,8	15,7
70 und mehr	6 528,8	20,2	19,2	25,4	17,3	24,3	79,7	20,3	52,5	27,2
Zusammen	32 349,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	83,9	16,1	61,3	22,6

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

1) Diese Gruppe der Wahlberechtigten entspricht in etwa der Gruppe der Briefwähler.

2) Nur Wähler mit Stimmvermerk im Wählerverzeichnis.

3) Bezogen auf die jeweilige Zahl der wahlberechtigten Männer und Frauen bzw. auf die Zahl der Wahlberechtigten insgesamt.

4) Bezogen auf die jeweilige Zahl der Wahlberechtigten einer Altersgruppe (Anteil der Wahlberechtigten insgesamt).

3 Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Prozent								
		Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) nebenstehender Altersgruppen entfielen auf								
		SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	Die Linke.	FDP	Sonstige	darunter		
							NPD	REP		
Deutschland										
Insgesamt										
18 - 25	100,0	38,6	26,1	9,6	9,0	10,0	6,7	4,0	0,8	
25 - 35	100,0	33,3	29,9	10,3	8,8	12,1	5,7	2,8	0,8	
35 - 45	100,0	34,5	30,7	11,5	9,2	9,5	4,6	1,8	0,7	
45 - 60	100,0	35,2	32,3	8,6	11,0	9,3	3,6	1,4	0,5	
60 und mehr	100,0	35,0	42,3	4,1	7,9	8,6	2,2	0,7	0,3	
Insgesamt	100,0	35,0	34,3	8,1	9,2	9,5	3,9	1,7	0,5	
Männer										
18 - 25	100,0	36,9	26,4	8,7	9,2	10,7	8,2	5,5	1,1	
25 - 35	100,0	32,0	29,7	9,7	9,3	12,7	6,5	4,0	1,0	
35 - 45	100,0	33,1	31,6	10,0	9,9	10,3	5,0	2,5	0,9	
45 - 60	100,0	34,1	32,5	7,6	12,5	9,5	3,9	2,0	0,6	
60 und mehr	100,0	33,6	41,6	3,5	9,3	9,5	2,4	1,0	0,4	
Zusammen	100,0	33,7	34,0	7,3	10,3	10,2	4,4	2,4	0,7	
Frauen										
18 - 25	100,0	40,6	25,9	10,6	8,7	9,1	5,1	2,5	0,5	
25 - 35	100,0	34,6	30,0	10,8	8,2	11,5	4,9	1,5	0,6	
35 - 45	100,0	35,8	29,7	12,9	8,5	8,8	4,2	1,2	0,4	
45 - 60	100,0	36,2	32,1	9,7	9,5	9,2	3,3	0,9	0,4	
60 und mehr	100,0	36,0	42,9	4,5	6,7	7,9	1,9	0,5	0,2	
Zusammen	100,0	36,2	34,5	8,8	8,1	8,9	3,4	1,0	0,4	
Früheres Bundesgebiet										
Zusammen										
18 - 25	100,0	39,9	28,7	10,7	5,6	9,4	5,6	2,9	0,9	
25 - 35	100,0	34,4	31,5	11,1	6,0	12,0	5,0	1,9	0,9	
35 - 45	100,0	36,1	32,2	12,7	5,7	9,2	4,1	1,2	0,7	
45 - 60	100,0	36,8	34,6	9,9	6,6	9,0	3,1	1,0	0,5	
60 und mehr	100,0	34,6	46,5	4,3	3,9	8,6	2,1	0,6	0,3	
Zusammen	100,0	35,9	36,9	9,0	5,4	9,4	3,4	1,2	0,6	
Männer										
18 - 25	100,0	38,1	29,3	9,5	6,0	10,3	6,8	4,0	1,2	
25 - 35	100,0	33,2	31,3	10,5	6,8	12,7	5,5	2,8	1,1	
35 - 45	100,0	34,9	33,1	11,0	6,7	10,1	4,2	1,6	0,9	
45 - 60	100,0	36,1	34,6	8,7	8,2	9,2	3,2	1,3	0,7	
60 und mehr	100,0	33,5	45,6	3,7	5,2	9,7	2,3	0,8	0,5	
Zusammen	100,0	34,9	36,5	8,1	6,6	10,1	3,8	1,7	0,8	
Frauen										
18 - 25	100,0	41,9	28,1	12,0	5,2	8,4	4,4	1,7	0,6	
25 - 35	100,0	35,6	31,7	11,7	5,3	11,2	4,5	0,9	0,6	
35 - 45	100,0	37,3	31,3	14,4	4,7	8,4	4,0	0,8	0,5	
45 - 60	100,0	37,5	34,5	11,1	5,1	8,8	2,9	0,6	0,4	
60 und mehr	100,0	35,5	47,2	4,8	2,9	7,8	1,9	0,4	0,2	
Zusammen	100,0	36,9	37,2	9,9	4,3	8,6	3,1	0,7	0,4	

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

3 Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen*)

		Prozent							
Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
		SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	Die Linke.	FDP	Sonstige	darunter	
								NPD	REP

Neue Länder und Berlin Ost

		Zusammen							
18 - 25	100,0	34,1	16,9	5,7	20,7	12,1	10,5	8,0	0,5
25 - 35	100,0	28,5	22,9	7,0	20,3	12,7	8,6	6,5	0,5
35 - 45	100,0	27,4	24,2	6,3	24,5	10,8	6,8	4,6	0,6
45 - 60	100,0	28,7	23,4	3,8	27,8	10,6	5,6	3,3	0,4
60 und mehr	100,0	36,1	27,3	3,2	22,3	8,5	2,5	1,3	0,1
Zusammen	100,0	31,3	24,2	4,6	23,8	10,3	5,6	3,7	0,4
		Männer							
18 - 25	100,0	32,7	16,1	5,7	20,2	12,1	13,2	10,5	0,6
25 - 35	100,0	27,0	23,4	6,6	19,7	12,6	10,7	8,8	0,6
35 - 45	100,0	25,4	25,2	6,0	23,8	11,0	8,6	6,4	1,0
45 - 60	100,0	26,2	24,2	3,3	29,2	10,4	6,7	4,6	0,6
60 und mehr	100,0	34,2	26,9	2,6	24,6	8,8	3,0	2,0	0,1
Zusammen	100,0	29,2	24,3	4,3	24,7	10,5	7,1	5,3	0,5
		Frauen							
18 - 25	100,0	35,7	17,9	5,7	21,3	12,0	7,5	5,2	0,3
25 - 35	100,0	30,0	22,5	7,4	20,9	12,9	6,4	4,0	0,3
35 - 45	100,0	29,5	23,2	6,5	25,1	10,6	5,1	2,8	0,2
45 - 60	100,0	31,1	22,6	4,4	26,4	10,8	4,6	2,1	0,2
60 und mehr	100,0	37,7	27,7	3,6	20,5	8,3	2,1	0,7	0,1
Zusammen	100,0	33,4	24,1	5,0	23,0	10,2	4,3	2,2	0,2

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

4 Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) für die jeweilige Partei entfielen auf nebenstehende Altersgruppen								
	insgesamt	SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	Die Linke.	FDP	Sonstige	darunter NPD REP	
Deutschland									
Insgesamt									
18 - 25	8,4	9,3	6,4	10,0	8,2	8,8	14,5	20,2	12,6
25 - 35	12,3	11,8	10,8	15,8	11,8	15,8	18,3	20,4	18,1
35 - 45	21,2	21,0	19,0	30,2	21,3	21,2	25,3	23,0	26,9
45 - 60	26,4	26,6	25,0	28,3	31,7	25,9	24,4	22,7	24,9
60 und mehr	31,7	31,3	38,7	15,7	27,0	28,2	17,4	13,7	17,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Männer									
18 - 25	9,1	10,0	7,0	10,8	8,1	9,6	16,8	20,7	13,3
25 - 35	12,8	12,2	11,2	17,1	11,6	16,0	18,9	21,6	17,3
35 - 45	21,8	21,5	20,3	30,1	21,0	22,1	24,8	22,7	28,0
45 - 60	27,1	27,4	25,9	28,1	32,9	25,2	23,8	22,5	23,6
60 und mehr	29,3	28,9	35,5	13,9	26,3	27,0	15,8	12,6	17,8
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Frauen									
18 - 25	7,7	8,7	5,9	9,4	8,3	8,0	11,8	19,0	11,1
25 - 35	11,9	11,5	10,5	14,7	12,0	15,5	17,6	17,9	19,7
35 - 45	20,5	20,5	17,8	30,2	21,6	20,3	26,0	23,9	24,6
45 - 60	25,8	25,9	24,1	28,5	30,2	26,7	25,2	23,1	27,4
60 und mehr	34,0	33,4	41,8	17,2	27,8	29,5	19,4	16,2	17,2
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Früheres Bundesgebiet									
Zusammen									
18 - 25	8,2	9,2	6,4	9,8	8,5	8,3	13,5	20,5	12,8
25 - 35	12,5	12,1	10,8	15,6	14,1	16,2	18,5	20,4	18,6
35 - 45	21,5	21,8	18,9	30,6	22,7	21,4	25,9	21,9	25,8
45 - 60	26,4	27,1	24,8	29,2	32,3	25,5	23,6	21,6	24,3
60 und mehr	31,4	29,9	39,1	14,8	22,4	28,7	18,6	15,6	18,6
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Männer									
18 - 25	8,8	9,7	7,1	10,5	8,1	9,1	15,9	21,5	13,8
25 - 35	12,9	12,3	11,1	16,9	13,3	16,3	18,9	22,2	17,8
35 - 45	22,2	22,3	20,2	30,3	22,6	22,3	24,9	21,2	26,2
45 - 60	27,0	28,0	25,7	29,1	33,4	24,7	22,9	21,5	22,8
60 und mehr	29,1	27,7	35,9	13,3	22,6	27,6	17,4	13,5	19,4
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Frauen									
18 - 25	7,6	8,7	5,8	9,4	9,2	7,4	10,7	18,3	10,9
25 - 35	12,2	11,9	10,5	14,6	15,2	16,1	17,9	16,4	20,1
35 - 45	20,9	21,3	17,7	30,8	22,8	20,4	26,9	23,3	25,0
45 - 60	25,8	26,3	24,0	29,2	30,7	26,4	24,3	21,8	27,0
60 und mehr	33,5	31,9	42,0	16,0	22,1	29,8	20,1	20,1	17,0
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

1) Ohne Stimmen der Briefwähler; bezogen auf die jeweilige Zahl der männlichen und weiblichen Wähler bzw. auf die Wähler insgesamt der jeweiligen Partei.

4 Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) für die jeweilige Partei entfielen auf nebenstehende Altersgruppen								
	insgesamt	SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	Die Linke.	FDP	Sonstige	darunter	
								NPD	REP
Neue Länder und Berlin Ost									
	Zusammen								
18 - 25	9,1	9,9	6,4	11,2	7,9	10,6	17,0	19,7	11,4
25 - 35	11,5	10,5	10,9	17,4	9,8	14,2	17,7	20,3	15,2
35 - 45	19,7	17,3	19,8	26,8	20,3	20,7	24,0	24,6	33,1
45 - 60	26,6	24,4	25,8	22,1	31,1	27,4	26,6	24,1	29,4
60 und mehr	33,1	37,9	37,1	22,5	30,8	27,1	14,7	11,3	10,9
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Männer								
18 - 25	9,9	11,2	6,6	13,3	8,2	11,5	18,5	19,7	10,7
25 - 35	12,4	11,4	11,9	19,0	9,9	14,8	18,6	20,6	14,3
35 - 45	20,2	17,7	21,1	28,6	19,6	21,3	24,5	24,5	37,8
45 - 60	27,4	24,6	27,3	21,0	32,4	27,3	25,7	23,8	28,8
60 und mehr	30,1	35,2	33,2	18,1	29,9	25,1	12,7	11,5	8,4
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Frauen								
18 - 25	8,3	8,9	6,2	9,5	7,7	9,7	14,6	19,7	13,1
25 - 35	10,7	9,7	10,1	16,1	9,8	13,6	16,3	19,7	17,4
35 - 45	19,2	17,1	18,6	25,3	21,0	20,1	23,3	24,9	21,4
45 - 60	25,9	24,2	24,4	23,0	29,8	27,5	27,9	24,7	31,1
60 und mehr	35,9	40,1	40,8	26,1	31,6	28,9	17,9	11,1	17,0
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Hochgerechnete Ergebnisse einer Unterstichprobe; vorläufige Werte.

1) Ohne Stimmen der Briefwähler; bezogen auf die jeweilige Zahl der männlichen und weiblichen Wähler bzw. auf die Wähler insgesamt der jeweiligen Partei.

